Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den zweispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur vormittags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH. Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 690. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde

7. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 17. Oktober 1931 — Nummer 172

SPD für Generalsdiktatur!

Das Diktaturkabinett Groener-Brüning erhält 24 Stimmen Mehrheit im Reichstag / Aufhebung der Notverordnungen und KPD-Anträge gegen Kapitalsschieber abgelehnt / Flucht der Nazis vor kommunistischem Antrag gegen Youngversklavung / Reichstag bis zum 23. Februar vertagt!

Berlin, 17. Oktober (Eig. Ber.)

Dank der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei wurde gestern im Reichstag der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning mit 294 gegen 270 Stimmen, bei drei Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Abgelehnt wurden ferner die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen den Innen- und Reichswehrminister Groener, gegen den Reichsernährungsminister Schiele und gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Die Sozialdemokratie stimmte stets für die Minister der Diktaturregierung. Ebenso wurden alle Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt.

Mit 320 gegen 255 Stimmen wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Reichstages abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei und die Landvolkpartei stimmten für die Minister und gegen die Reichstagsauflösung.

Vor der Abstimmung über die kommunistischen Anträge auf Einstellung aller Tributzahlungen an das Auslandskapital und wichtige soziale Anträge der KPD verließen die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen den Reichstag. So wurden die Kommunistischen Anträge auf Einstellungen der Tributzahlungen und aller Schuldenzahlungen an das Ausland sowie auf Austritt aus dem Völkerbund gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat an dem gestrigen Tag ein neues Verbrechen der Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen an das faschistische Finanzkapital begangen.

Auch die Nazis standen wieder offen in der Young-Front!

Der Reichstag ist vertagt — dieser Reichstag, der nur vier Tage lang nach sechsmonatiger Vertagung ein Schattendasein fristen durfte. Es war bekannt, daß Brüning auch für den Fall, daß er in die Minderheit geraten sollte, mit außerordentlichen Vollmachten Hindenburgs diktatorisch weiterregieren würde. Er hat aber gar nicht Hindenburg gebraucht, sondern aus den Händen der Sozialdemokratie die Vollmachten für seine Diktatur im kommenden, härtesten Winter entgegengenommen. Er kann jetzt die begonnene Annäherung an Hitler mit Hilfe der Tolerierung der SPD fortsetzen. Er kann Groeners Generalsdiktatur etablieren.

Das Wegbereitertum der SPD für die unverhüllte faschistische Diktatur, die Abstimmung aller sozialdemokratischen Abgeordneten für die Groener-Brüning, wird bei hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern die Entwicklung zur roten Einheitsfront beschleunigen. Die SPD stützt die Regierung, die „elastisch" alle Wünsche des Schwerkapitals erfüllt. Die SPD ist die soziale Hauptstütze der kapitalistischen Diktatur. Im Lebensinteresse von Millionen Arbeitern und Werktätigen muß die Sozialdemokratische Partei als die volksfeindliche Stütze des Finanzkapitals zertrümmert werden, wenn die rote Einheitsfront gegen die Kapitalistenklasse und die youngtreuen Nazis siegen soll.

Nach den gestrigen Abstimmungen im Reichstag ertönt klarer denn je, dringender denn je der Ruf:

Her zur kämpfenden roten Einheitsfront!

Es gibt nur eine Partei des Sozialismus, nur eine Partei des rücksichtslosen Kampfes gegen das deutsche und ausländische Finanzkapital — die Kommunistische Partei!

(Ausführlicher Bericht Seite 2)

Flammenzeichen!

Dresden, den 17. Oktober.

Im „Lande der aufgehenden Sonne" rast die Kriegsfurie. Die imperialistischen Raubtiere zerfleischen den lebendigen Leib Chinas. Die japanische Regierung führt die Mobilmachung durch. Japanische Flugzeuge machen chinesische Städte durch Bombenangriffe dem Erdboden gleich. Tokio hat die rohstoffreiche Mandschurei als Kolonie an sich gerissen.

Die Nankingregierung und der Henker Tschangkaischek sind bereit, China meistbietend an das Finanzkapital zu verkaufen. Nur die Sowjets in Süd- und Teilen Mittelchinas kämpfen heroisch gegen die imperialistische Aufteilung Chinas. Auf dem Rücken der 440 Millionen chinesischer Kulis trampelt die eiserne Ferse des Imperialismus. Japans Interventionskrieg richtet sich vor allem gegen die chinesischen Sowjets und gegen die Sowjetunion. Die Note der japanischen Militaristen an den Genfer Völkerbund verschärft die Kriegsgefahr im Fernen Osten. Der amerikanische Dollarimperialismus, den Stachel der Krise im Leibe, tritt auf den Plan. Die amerikanischen kapitalistischen Haifische wollen ebenfalls ein Stück China als Beute verschlingen. Der Völkerbund in Genf zeigt sich erneut als Kriegsbund der Imperialisten gegen die unterdrückten Kolonialvölker.

Nur die verfolgte kommunistische Partei Japans kämpft gegen den Räuberimperialismus. Das internationale Proletariat muß auf der Hut sein! Jeden Augenblick kann das imperialistische Pulverfaß explodieren und einen neuen Weltbrand entfachen. Unter den Fahnen der Kommunistischen Internationale müssen die Arbeiter Europas gemeinsam mit den revolutionären Antimilitaristen in Japan, im Bündnis mit der sozialistischen Sowjetunion die chinesischen Sowjets verteidigen. Nur ein Sowjet-China wird den chinesischen Werktätigen die nationale und soziale Freiheit erkämpfen.

*

Der französische Ministerpräsident Laval befindet sich auf der Reise zu dem amerikanischen Präsidenten Hoover. Paris und Washington schmieden neue Pläne. Die amerikanisch-französische Einheitsfront richtet sich gegen das krisengeschüttelte England. Laval und Hoover wollen ein neues Geschäft machen auf Kosten der werktätigen Youngsklaven in Deutschland. Der Block zwischen Dollar und Franken wird die internationale Kreditkrise nicht lösen. Der Dollar schwankt weiter. 4½ Milliarden Gold sind allein in der letzten Zeit von Neuyork nach Paris gewandert. Amerika und Frankreich wollen auf Kosten der unterdrückten Völker und der Sowjetunion die weiter wütende Weltwirtschaftskrise überwinden.

Doch vergeblich. Der kapitalistische Nachen wird steuerlos von den Sturmwogen der Krise hin- und hergeworfen. Nur das stolze Schiff des Sozialismus zieht seinen geraden Kurs. Früher oder später wird der lecke kapitalistische Kahn an dem mit „Volldampf voraus" steuernden sozialistischen Giganten zerschellen!

*

In Spanien flammt der rote Volkssturm erneut auf. Die Regierung Zamora mußte abtreten. Die neue sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung wird sich weiter schützend vor die Geldschränke der Kapitalisten und vor die großen Kirchenbesitztümer stellen. Die spanischen Arbeiter und Bauern fordern die Enteignung der großen Kirchenfürsten. Immer neue Streiks flammen auf. Die Arbeiter in Madrid und Barcelona wenden sich immer mehr von den sozialfaschistischen und syndikalistischen Verrätern ab. Die armen Bauern und die unterdrückten nationalen Minderheiten schließen die Einheitsfront mit dem revolutionären Proletariat. Die junge spanische kommunistische Partei zeigt trotz Fehlern und Schwächen den Werktätigen den Weg zum Sturz der sozialfaschistisch-bürgerlichen Koalitionsregierung. Nur ein Sowjet-Spanien wird nach dem Vorbild der Sowjetunion die Kirche vom Staat trennen und das Land unter den werktätigen Bauern aufteilen.

*

In Harzburg hat die sogenannte „nationale Opposition" die Larve fallen gelassen. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat dort eine neue Inflation propagiert. Die Hugenberg, Hitler, Schacht wollen durch eine neue mörderische Inflation die kleinen Sparer bis aufs Hemd ausplündern. Das Inflationsprogramm der „nationalen Opposition" bedeutet: Rücksichtsloser Abbau der Reallöhne, Entwertung der Sparguthaben der kleinen Leute und [illegible]

Pleitegeier über Sachsen

Konkurse steigen!

Kunden bleiben weg / Nur die Kommunisten kämpfen gegen die Inflationsverbrecher!

Dresden, 16. Oktober.

Das Statistische Landesamt berichtet: Im Monat September sind 206 (im Vormonat 196) Anträge auf Konkurseröffnung gestellt worden. Von diesen entfallen 88 auf die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 131 Anträgen ist stattgegeben worden, während 75 (im Vormonat 78) mangels Masse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen entfielen auf die Industrie: 79 auf den Warenhandel, 39 auf sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.) und 3 auf die Landwirtschaft.

Neben den Konkursen sind noch 80 (im Vormonat 56) gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Davon entfielen auf die Industrie: 39 auf den Warenhandel, 1 auf Banken, 13 sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.) und 1 auf die Landwirtschaft.

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz" Nr. 38 vom 15. Oktober schreibt der bekannte Statistiker Dr. Jürgen Kuczynski:

„Eine gewaltige Welle der Geldentwertung geht über die Kontinente und ergreift immer neue Länder. Es sanken dahin: Die spanische Peseta, die argentinische Peso, das englische Pfund, der amerikanische Dollar, die dänische Krone, die schwedische Krone, die norwegische Krone, der österreichische Schilling, die finnische Mark."

Infolge der verringerten Kaufkraft der Massen — wir wiesen in der letzten Nummer des „Volks-Echos" auf den 20-Milliarden-Lohnraub an den Werktätigen hin — sind die Läger und Läden mit Waren überfüllt. Doch die Kunden bleiben weg. Die Massen können nichts kaufen. Die mangelnde Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird zum Ruin für hunderttausende selbständige Mittelständler. Großagrarier und Großindustrielle erhalten vom Staat Kredite und Millionengeschenke. In seiner großen Anklagerede gegen die Brüning-Regierung führte Genosse Remmele im Reichstag u. a. folgendes aus:

„Herr Brüning hat uns die von ihm beabsichtigte Wirtschaftspolitik verkündet. Herr Brüning hat nicht einen einzigen der wegen Kapitalflucht zur Zuchthausstrafe verurteilt ist aufweisen können. Aber er hätte tausende und zehntausende kleiner Geschäftsleute hier nennen können, die in Konkurs gehen, kleine Bauern, denen man die letzte Kuh aus dem Stalle holt (Sehr wahr! bei den Kommunisten).

Ich frage: Wo ist die Reichsregierung, wenn es darum geht, einen kleinen Geschäftsmann oder Mittelständler, der seine Schulden nicht bezahlen kann, zu retten? Sind da auch die Kredite der Reichsregierung vorhanden? Nein! Da hat man keinen einzigen Pfennig."

Mittelständler reiht euch ein in die Front der kämpfenden Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten. Der Kapitalismus muß sterben, damit die Massen leben können!

KPD-Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues angenommen

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde der kommunistische Antrag, den Bau des Panzerkreuzer B einzustellen und die für diesen Bau vorgesehenen Mittel zur Kinderspeisung zu verwenden mit 211 gegen 181 Stimmen angenommen.

Die Sozialdemokraten stimmten für diesen Antrag, da sie wissen, daß der Reichsrat diesen Beschluß des Reichstages doch aufheben wird.